

Wossische



Zeitung

Gründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Tägliche: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wandern“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: am Zeile 35 Pfennig; im Vorausen 20 Pfennig. Anzeigen zum Zeile 30 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtheit (außer dem Handeltitel): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung unv. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3060-3065, für den Fernverkehr: Amt Dönhof 3068-3069. Telegr.-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Außenminister Curtius antwortet Cardieu

Für Deutschlands Lebensnotwendigkeiten / Gleiches Recht für alle Unsre Forderung auf Abrüstung / Keine Abenteurer in der Außenpolitik

Der Reichsetat vom Reichsrat angenommen

Nach zweifündiger Debatte nahm gestern abend der Reichsrat in erster und zweiter Lesung die Finanzvorlagen der Reichsregierung und den Gesamtetat des Reichs an. — Im Anschluß an die Abstimmungen hielt Reichsaußenminister Dr. Curtius eine programmatische Rede über die Ziele der deutschen Außenpolitik im Rahmen der europäischen Gesamtpolitik.

Nach einer kurzen Betrachtung der deutsch-französischen Beziehungen zum Reichstagsbeschluss des Dr. Curtius zu dem Hauptthema, der Frage der Weisung des Young-Plans. Riemann kann heute müssen, so erklärte Curtius, es mit den Maßnahmen, die Ordnung in unserem Hause schaffen helfen, auskommen werden. Niemand weiß, wann wir auch internationale Schritte tun müssen, die in den Verträgen zum Gehör unserer Wirtschaft und Wahrung vorgehen sind. Es ist völlig abwegig, wenn gewisse Stellen im Ausland in solcher Haltung der Reichsregierung ein Zwangsziel der deutschen Unterpolitik sehen. Wir werden den neuen Plan nicht genehmigen, den Vertragsscheitern nicht verlassen. Wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Young-Planes.

Die an die deutsche Unterpolitik unter dem Young-Plan gezielte Kritik überließ, daß nach den jüngeren Konferenzen eine völlige Verflechtung der ganzen Wirtschaftslage und der besonderen deutschen Bedürfnisse eingetreten ist, geradezu ein Erdbeben, was man nicht mit Unrecht gesagt hat. Auch von der Zusammenkunft, die nach der ausbreitenden Forderung durch die Regierungen wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Lösung der Probleme Deutschlands sein sollte, bisher wenig zu berichten. Bei der Frage eines Einflusses der Reichsregierung, von den Vertragsrechten des neuen Young-Plans Gebrauch zu machen, ist es selbstverständlich, daß die Reichsregierung nur nach sorgfältiger Abklärung aller in Betracht kommenden Faktoren handeln wird. Es ist aber davon abzugehen, daß die Verantwortung darüber liegt, daß das Deutsche Volk durch unverständliche Beschlüsse nicht weiter leiden und littlichen Grundlagen zerstört werde.

Was ist die deutsch-französische Verständigung, so führt der Minister fort, von größter Tragweite für die deutsche und europäische Politik, aber es ist nicht vorläufig, sondern, gerade zu den Enden, die außerhalb des Kreises der Verfasser Würde haben, wie den Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjet-Rußland, die Beziehungen zu pflegen und feuchtbar zu gestalten. Nur Parteilichkeit oder Börsenagitationen können verlangen, daß hierüber entschieden wird. Ein gleiches Verhalten müßte wir auch in Zukunft weiter anstreben, nicht in der Weise, als ob wir mit Hilfe dieser oder jener einzelnen Mächte die Folgen und Folgen des verlorenen Krieges aus der Welt schaffen könnten, sondern in der Erkenntnis, daß die Interessen Deutschlands den Ausbau der internationalen Beziehungen überall zu gebieten, wo das für unsere Ziele von Vorteil ist.

Es erhoffen geboten, gewissen Neuerungen entgegenzutreten, die vor wenigen Tagen der Chef der französischen Regierung getan habe. Während Deutschland in der Weltwirtschaftslage sich befindet und beständig die Zustimmung anderer Länder gefunden habe, beständlich ansehend die französische Regierung eine völlige Kursänderung. Es verleihe nach den Worten eines Chefs des Wobens, der seit 1919 die Grundlage aller Wirtschaftsbeziehungen war.

Anders könne man es nicht auslegen, wenn von 10 maßgebenden Deutschen auf allgemeine Abweisung nicht die Rede sein könne. Sowohl die Worte des Reichsleiters, wie des Schlußprotokolls von Locarno können nur eindeutig dahin verstanden werden: Nachdem Deutschland die Voraussetzungen erfüllt hat, muß die vertraglich festgelegte Folge, nämlich die allgemeine Abrüstung, eintreten. Auch im Artikel 8 des Weisungsabkommens hätten sich die Bundesmitglieder in gleicher Form zu der Abrüstung ver-

pflichtet. Er könne sich nicht denken, daß der französische Ministerpräsident jetzt, wo das Abrüstungsproblem die wichtigsten Entscheidungen bringe, die Weisung aller Verhandlungen der letzten zehn Jahre verwerfen würde.

Es handele sich um eine der wichtigsten Aufgaben des Weisungsabkommens, dessen Zukunft, ja dessen Bestand gefährdet würde, wenn er sich nicht instande erweisen sollte, das Abrüstungsproblem zu lösen. Die Arbeiten der jetzt in Genf tagenden Abrüstungskommission, die den begründeten deutschen Ansprüchen in keiner Weise Rechnung getragen hätten, verleiteten nichts als ihr schnelles Ende. „Wir fordern“, so erklärte Minister Curtius, „daß baldige Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz steht, auf der jeder Staat über seine eigenen Möglichkeiten mit Freude berichten muß und auf der die endgültige Entscheidung darüber fallen wird, ob man Deutschlands Anspruch auf eine Abrüstung, die gleiche Sicherheit für alle bringt, anerkennen will oder nicht. Wenn der französische Außenminister für Frankreich das Rechtrecht in Anspruch nimmt, die Landesgrenzen zu sichern, zum Schutz gegen jeden Angriff alle Verteidigungsmaßnahmen zu treffen, was das unzulässig, von woffenbareren Willern ungenutztes Deutschland erst recht den Anspruch auf Sicherheit erheben. Es kann nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.“

Deutschland ertrage kein Bündnisystem nach dem Muster der Vorkriegszeit. Wenn sich gegenwärtige Auffassungen gegenüber der deutschen und der französischen Regierung über die prinzipiellen Grundlagen der internationalen Politik herauszubilden, werde man uns stets auf der Seite derjenigen finden, die sich für Gleichberechtigung und vollständige Befreiung der Dinge einsetzen. Die Reichsregierung habe in zahlreichen Rundgängen ihre volle Entschlossenheit betonte, allen radikalen Vorforderungen, allen abenteuerlichen Plänen in der Außenpolitik mit ruhiger Beharrlichkeit entgegenzutreten.

Es habe daher das Recht, zu erwarten, daß das Ausland für seine Lage mehr Verständnis zeige, als das vielfach bisher der Fall war. Nachdem schon der Reichsminister in einem Interview das völlige Mißverständnis der inneren deutschen Entwicklung in Frankreich festgehalten habe, müßte er ein gleiches auch für die letzten Debatten der französischen Kammer erklären. Es lebe in vielen französischen Kreisen das Verständnis, das für die Fortsetzung der Zusammenarbeit, wie Deutschland sie wünsche, erforderlich ist.

Der französische Außenminister habe von guten und schönsten Zielen des Weisungsabkommens gesprochen. Doch es schärfste Seite dieses Vertrags gebe, die nicht auf die Dauer das Gefähr Europa bieten können, wenn auf Kontinent in Ruhe und Sicherheit leben wolle, sei eine unumhüllliche Wahrheit. Und wenn auch die Worte Cardieus richtig sei, daß der Weisungsvertrag die angehenden Verluste des Krieges nicht überdecke, so habe doch der Vertrag ganz gewiß höchste Mittel gemäß, um sie zu decken; dadurch habe der Vertrag die Weltgeschichte erfüllt, nur keine Beweise verleihe, die Ursache in Europa weise gemacht. So die amtliche deutsche Politik dieser Erkenntnis immer wieder Ausdruck gegeben habe, sei die Meinung unrichtig, als ob möglich in Deutschland unter gegenwärtigen innerpolitischen Druck eine Revisionkampagne entfacht würde, die einen Umsturz der ganzen bisherigen Politik bedeuete.

Es sei seit langem für die ganze Welt notorische Tatsache, daß 3. B. das deutsche Volk es nicht für möglich halte, sich mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge, insbesondere im Osten, ein-

zufrieden zu lassen. Zudem greife sich, wenn er meine, Deutschland habe ein Abrüstungsabkommen leichter als Staatsmann. Er begreife darüber hinaus einen höheren Geist als derjenige, der mit einer Ansicht, schon das Aufwerfen gewisser Fragen für gleichbedeutend mit Krieg. Würde das richtig, dann wäre, das müßte mit allem Recht gelang sein, jede Forderung auf eine geistliche Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern Europas verloren. Deutschland sage nicht imperialistischen Plänen nach, sondern ertrage nur seine Lebensnotwendigkeiten, die mit denen seines anderen Volkes übereinstimmen. Einen anderen Weg als den der vollständigen Verständigung gleiche Deutschland nicht in Betracht, was bezieht er dem französischen Außenminister ohne Vorbehalt.

Reichsrat als Parlament

Der Reichsrat, im Begriff, zu einer Körperchaft zu werden, die für große politische Erklärungen die Plattform bieten soll, tat es noch nicht einmal. Der alte Bundesratsapparat wird am letzten Tagem verfallen und im großen Hauptausfluß-Gang findet sich alles etwas ungeliefert und unübersichtlich zusammen. Das äußere Bild ermahnt an eine Auslösung, und die parlamentarischen Führer sind deshalb leicht geneigt, sich so zu benehmen wie bei Auslösung-Sitzungen. Als am Donnerstag der Reichstagsleiter Weisung bald nach 17 Uhr die Veranlassung des Reichsrates eröffnete mit einer Selbstverständlichkeit und Ambidextrität, als hätte er sein Leben lang nichts anderes getan, als solchen Sitzungen zu präsidieren, während doch in Wahrheit bisher der federführende Minister oder ein Staatssekretär dem Reichsrat vorzuliegen pflegte, da müßte er als erste eine aus seinem Munde fast paradox klingende Mahnung ausprechen. Er müßte darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung des Reichsrates nicht gemacht werden darf. Wie will der Reichstagsleiter 1,5 Milliarden den Reichsrat, dem Reichsrat, die nach einem großen einseitigen Sanierungsprogramm das höchste Kaufopfer des deutschen Volkes sein sollen, wenn in einer der wichtigsten Körperchaften dieses Kaufopfer unterlag ist?

Die sachliche Beratung begann mit einem feinen, für die wichtigsten geistlichen Finanzportag des preussischen Bevollmächtigten, Ministerialdirektor P r e t z l, über den Reichshaushaushalt, wie er jetzt nach den Beratungen in den Ausschüssen des Reichsrates aussieht. Er nennt diesen Etat einen letzten Schritt vorwärts. Die M i n n e r s a g e r i n 5 5 6 v o n 1 1/2 M i l l i a r d e seien eine große Leistung. Davon entfielen unmittelbar auf die Gehaltsstruktur 63 Millionen, auf Verminderung der Ueberweisungen an die Länder 408 Millionen, auf Einparnung bei der Arbeitslosenvermehrung durch Aufrechterhaltung der erhöhten Beiträge 265 Millionen, auf automatische Verminderung gewisser Ausgaben-gruppen (Kriegsalten usw.) 405 Millionen und finanziellen Maßnahmen 33 Millionen, also insgesamt 1119 Millionen, so daß anderweitige Sachbedürfnisse 125 Millionen erbringen.

Parlamentarische sollen insgesamt vier erbaute werden bis 1936. Das Schiffsbauprogramm der Regierung jedoch sei nur als Anhalt gedacht, ohne verbindliche Kraft und ohne den Charakter der gelegentlichen Körperchaften vorzuliegen.

Zum Schluß machte Ministerialdirektor P r e t z l darauf aufmerksam, daß man sehr nicht werden müßte, es seien in den bevorstehenden die Zeit und die Schlußfrage zu hoch angelegt. Man könne aber im Augenblick noch keine Maßnahmen zur Auslegung ergreifen. Man müßte die tatsächliche Entwicklung noch abwarten. Ganz fähig müßte er hier mit der eventual in Frage kommenden Erhöhung der U m s a t z e r, die er und der Ferner jetzt er, wie er es selbst nennt, das Doch des nächsten Jahres.

Die sehr ausführlichen Darlegungen des bairischen Ministerpräsidenten P e i d gipfelten in einer verknüpflichen Zustimmung. Er meinte, man könne den Vorkläger des